

3227/AB
vom 28.05.2019 zu 3214/J (XXVI.GP) bmdw.gv.at

Bundesministerium
 Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Dr. Margarete Schramböck
 Bundesministerin für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

buero.schramboeck@oesterreich.gv.at
 Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: BMDW-10.101/0070-Präs/4a/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3214/J-NR/2019

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3214/J betreffend "Zugbeschaffung der "Westbahn" beim chinesischen Hersteller CRRC", welche die Abgeordneten Cornelia Ecker, Kolleginnen und Kollegen am 28. März 2019 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt 1 der Anfrage:

1. *Welche Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft, insbesondere auf die Beschäftigungssituation in der Bahnindustrie erwarten Sie durch den geplanten Umstieg der Westbahn auf den chinesischen Hersteller CRRC?*

Während Beschaffungsvorgänge privater Unternehmen keinen Gegenstand der Vollziehung meines Ressorts betreffen, lassen sich die angesprochenen Beschäftigungseffekte kaum seriös abschätzen, zumal der chinesische Staatskonzern CRRC über Tochterfirmen (CRRC ZELC mit Europazentrale in Wien) bereits für Wertschöpfung in Österreich sorgt. So wurde etwa in Kooperation zwischen CRRC und dem steirischen Schienenfahrzeugausrüster Tecsol die Diesel-Hybrid-Lok "1063 Innoshunt" für die Österreichischen Bundesbahnen modernisiert.

Antwort zu den Punkten 2 bis 4 der Anfrage:

2. *Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die österreichische Industrie im Wettbewerb gegen Konkurrenz von staatlichen Riesenkonzernen aus Drittländern wie z.B. China besser zu unterstützen?*
 - a. *Welche Maßnahmen werden Sie im konkreten Falle treffen?*

3. *Was ist die österreichische Position zur Überarbeitung des europäischen Wettbewerbsrechts, um die europäische Industrie im Wettbewerb gegen Konkurrenz von staatlichen Riesenkonzernen aus Drittländern wie z.B. China besser zu unterstützen?*
4. *Welche Maßnahmen haben Sie diesbezüglich konkret während der österreichischen Ratspräsidentschaft getroffen?*

Die Sicherstellung des Wettbewerbs ist für jede Marktwirtschaft von größter Bedeutung. Dies gilt sowohl für die Beziehungen zwischen Wettbewerbern, als auch entlang der gesamten Lieferkette. Die Struktur des europäischen Wettbewerbsrechts wurde in den 1950er Jahren konzipiert, einer Zeit mit stärkeren nationalen Grenzen und weniger entwickelten internationalem wirtschaftlichen Bindungen als heute. Die Situation auf den Weltmärkten hat sich jedoch seither erheblich verändert. Europa ist einem starken wirtschaftlichen Wettbewerb aus dem asiatischen und amerikanischen Raum ausgesetzt. Prioritäres Ziel ist es, faire Bedingungen herzustellen. Dies betrifft nicht nur das Kartell-, sondern auch das Beihilfen-, Vergabe- und Investitionsrecht. Dazu findet auf europäischer Ebene ein intensiver Diskussionsprozess statt. Auch von der neuen Europäischen Kommission wird erwartet, dass diesen Fragestellungen Priorität zugemessen wird.

Um als Standort Europa im globalen Wettbewerb bestehen zu können, braucht es eine koordinierte und gesamtheitliche Industriepolitik. Der österreichische Ratsvorsitz hat mit seinen Vorschlägen einen wertvollen Beitrag für eine künftige EU-Industriepolitik geleistet.

Die Vorlage des Präsidentschafts-Papiers "Rethinking European Industry" lieferte wichtige Maßnahmen, wie etwa die Stärkung des Innovationsprinzips, die Nutzung des digitalen Potentials (inklusive Artificial Intelligence) sowie die Förderung von Skills.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber globalen Mitbewerbern wurde dem EU-Wettbewerbsfähigkeitsrat zudem ein umfassender Vorschlag für die Einrichtung eines Monitoringtools zur Messung der Umsetzung von Industriepolitik ("Key Performance Indicators") vorgelegt.

Um Industriepolitik auf Augenhöhe mit anderen Politikbereichen zu verankern, wurde seitens des österreichischen Ratsvorsitzes ein Präsidentschafts-Papier zum Einsatz eines Governance Mechanismus vorgelegt.

Wien, am 28. Mai 2019

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

